

jung denken • nrw bewegen



**Beschluss des
37. NRW-Tages der Jungen Union,
6./7. November 2004
in Hagen**

ju
junge union
NRW

Inhalt

Abschnitt	Thema	Seite
	Präambel von Hendrik Wüst	1
(a)	Schulpolitik von Bartosch Lewandowski	2
(b)	Familienpolitik von Larissa Bödecker	3
(c)	Umweltpolitik von Marcel Grathwohl	5
(d)	Energiepolitik von Frank Stenner	6
(e)	Innenpolitik von Thomas Jarzombek	7
(f)	Verkehrspolitik von Ansgar Heveling	8
(g)	Finanzpolitik von Leo Dautzenberg jun.	9
(h)	Wirtschaftspolitik von Dominik Risse	10
(i)	Sozialpolitik von Christopher Krahorst	11

Vorbereitung:
Leo Dautzenberg jun.

Zusammenstellung und textliche Überarbeitung:
Thomas Jarzombek

Präambel:

Nordrhein-Westfalen ist Heimat für über 18 Millionen Menschen. Sie leben im ländlichen Raum und in Ballungszentren, haben unterschiedliche Träume und Ziele. Sie unterscheiden vieles, doch eines verbindet die Menschen in NRW: sie werden schlecht regiert!

Ein Land von der Größe Nordrhein-Westfalens, voller Menschen mit Ideen, Fleiß und Ehrgeiz darf nicht hinnehmen, dass ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen, schreiben und rechnen kann. Ein Land mit so starken unternehmerischen Wurzeln darf nicht hinnehmen, nur eine wirtschaftliche Dynamik vorzuweisen, die für Rang 12 von 16 Bundesländern reicht und 900.000 Menschen in der Arbeitslosigkeit zurück lässt.

NRW hat 110 Milliarden Euro Schulden und zahlt 13 Mio. Euro Zinsen pro Tag. Das heißt: Für Zinsen gibt das Land in jeder Woche mehr Geld aus als für den Landesjugendplan in einem ganzen Jahr. Trotz schlechter Bildungschancen, gerade für Kinder aus finanzschwachen Familien ist die Zahl der Lehrer gesunken.

Das ist die Politik der Vergangenheit, nicht für die Zukunft!

Das Land braucht die Wende: Nach fast 40 Jahren in der Regierung ist die SPD unfähig, kraftlos und selbstgerecht. Positive Impulse sind hiervon nicht mehr zu erwarten.

NRW muss seine Handlungsfähigkeit zurück erobern, die Schulen in Ordnung bringen, die Familien stärken. NRW braucht eine Umwelt- und Verbraucherpolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, nicht die Ideologie. NRW braucht Energie, preiswerte Energie, die verlässlicher Antrieb unserer Industrie ist. NRW braucht mehr Sicherheit, mehr Polizeipräsenz. NRW braucht starke Verkehrsadern, die dem Druck des größeren Europas standhalten. Mobilität und Umweltschutz müssen versöhnt und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen einen Entschuldungspakt. Immer weniger Menschen in NRW tragen immer mehr Schuldenlast: wir brauchen eine verlässliche, realistische Langfristplanung, an deren Ziel eine Politik steht, die nur ausgibt, was sie einnimmt. Unsere Wirtschaft braucht Vertrauen und Freiheit. Immer mehr Misstrauen und Bürokratie würgen Wachstum ab. Der Bürokratieabbau und der Wegfall ganzer Behörden werden neue Kräfte freisetzen. Die Sozialsysteme sind Notfallhilfe, nicht Wohlstandsversicherung: NRW braucht neue Jobs und mehr Anreize zur Arbeit.

NRW braucht mehr Vertrauen in die Kraft seiner Menschen. Mehr Hilfe für Schwache, mehr Investition in die Zukunft.

NRW braucht den Wechsel! – Aus Liebe zu Nordrhein-Westfalen!

In den folgenden neun Handlungsfeldern setzen wir Impulse für eine Politik des Wechsels.

(a)

Schulpolitik

Bildung ist im 21. Jahrhundert der wichtigste Rohstoff. Durch technischen Fortschritt und Globalisierung bedingt, wird in Deutschland den wissensbasierten Arbeitsplätzen die Zukunft gehören. Die Grundlagen dazu werden in der Schulzeit gelegt. Das Kernproblem des nordrhein-westfälischen Bildungswesens besteht in seiner lange Jahre andauernden Vernachlässigung. Zu seinen Symptomen zählen u.a. ein hoher Unterrichtsausfall, zu wenige Lehrerstellen im Verhältnis zu den Schülerzahlen, Hinnahme von Qualitätsunterschieden zu anderen Bundesländern, Überfrachtung des Unterrichtes mit gesellschaftlichen Aufgaben, Bevorzugung der Gesamtschule trotz schlechter Qualitätsanalysen und einer mangelhaften technischen Ausstattung vieler Schulen.

- **Stärkung des dreigliedrigen Schulsystems**

Eine Leistungsgerechte und begabungsorientierte Förderung bedarf der Differenzierung. Das bewährte deutsche Schulsystem mit Gymnasium, Real- und Hauptschule muss im Hinblick aktueller und zukünftiger Erfordernissen weiterentwickelt und wieder gestärkt werden. Der weitere Ausbau von Gesamtschulen muss gestoppt werden.

- **Ein verbindliches Grundschulgutachten**

Bereits in der Grundschule muss ein tragfähiges Fundament für die weitere Schullaufbahn der Schüler gelegt werden. Die Zahl der Schulwechsler ist inzwischen sehr hoch. Die Junge Union NRW sieht die Ursache hierfür bei der Überschätzung der Fähigkeiten des Kindes und in einem Übergehen der Empfehlungen die die Grundschule für die Schülerinnen und Schüler aussprach. Daher fordert die JU NRW:

- Die Erstellung eines Gutachtens im vierten Schuljahr, in dem die bisherigen individuellen Leistungen, Interessen und Fähigkeiten des Kindes im Hinblick auf die Eignung für eine der weiterführenden Schulen beurteilt werden. Hierin soll ausdrücklich die Empfehlung einer für das Kind geeigneten Schulform ausgesprochen werden.
- In Fällen bei denen Eltern von der Empfehlung des Gutachtens abweichen wollen, ist eine Aufnahmeprüfung an der weiterführenden Schule durchzuführen.

- **Flächendeckende Einführung von Sozialkompetenz-Beurteilung**

Gerade im Schulalltag wird den Sekundärtugenden wie Teamfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Fleiß, Pünktlichkeit und Höflichkeit nicht die notwendige Bedeutung beigemessen. Die individuellen Stärken der Schüler werden weder angemessen gefördert noch Aussagen über das Sozialverhalten in angemessener Weise dokumentiert. Arbeitsverhalten und soziale Kompetenz müssen aber wieder zusammenfassend in einer Kurzbeschreibung bewertet werden.

- Die Junge Union NRW fordert daher eine entsprechende Ergänzung der allgemeinen Schulordnung um Sozialkompetenz-Beurteilungen flächendeckend einführen zu können.
- Fehlzeiten der Schüler (unentschuldig) sind auch auf den Abschlusszeugnissen aufzuführen.
- Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler soll auf den Zeugnissen vermerkt und bescheinigt werden.

- **Naturwissenschaftliche Bildung stärken**

Die TIMSS-Studie und die PISA-Studie dokumentieren das schlechte Abschneiden nordrhein-westfälischer Schüler bei den Naturwissenschaften. Hier besteht großer Handlungsbedarf, daher fordert die JU NRW:

- Den Stop der von der rot-grünen Landesregierung geplanten Zusammenfassung der Fächer Physik, Chemie und Biologie zu einem integrierten Fach Naturwissenschaften. Mit der Einführung des Faches Naturwissenschaft in der 5. und 6. Klasse versucht die Landesregierung lediglich, den Fachkräftemangel in den Fächern Physik, Chemie und Biologie zu vertuschen.
 - Die Förderung fächerübergreifender und regelmäßiger Projektarbeit in Naturwissenschaften sowie zusätzliche Angebote im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften.
 - Die personelle, sachliche und finanzielle Unterstützung von Schulen mit hohem naturwissenschaftlichem Engagement. So werden sich im Laufe der Jahre mehr Schulen mit naturwissenschaftlichen Schwerpunkten entwickeln.
 - Die Lehrpläne auf die neuen Lernmedien umzustellen, damit in allen Fächern ein umfangreicher Einsatz gewährleistet werden kann.
- **Gesellschaftswissenschaften stärken**
 Die Junge Union NRW fordert, dass die Gesellschaftswissenschaften mehr Gewicht bekommen. Der bisherige Kanon muss um die Aspekte „Wirtschaftskunde“ und „Rechtswkunde“ erweitert werden, das Fach Geschichte muss mehr Raum einnehmen. Geschichte ist das Fundament auf dem unsere Gesellschaft steht. Nur derjenige, der geschichtliche Zusammenhänge weiß, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten, denn die Kenntnis der politischen und sozialen Kontexte unserer Gesellschaft gehören zum Elementarwissen eines mündigen Bürgers. Im Fach Geschichte soll verstärkt auch die neuere deutsche Geschichte berücksichtigt werden.
 Dies gilt auch für den Politik- und Sozialwissenschaftsunterricht, der für die Verfestigung eines demokratischen Grundverständnisses von großer Bedeutung ist und auch dazu dienen kann, geringe Wahlbeteiligung und Wahlerfolge von Extremisten zu vermeiden.
 - Die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer müssen daher in gesichertem Umfang an der Schule stattfinden. Unterrichtsausfall und fachfremde Vertretungsstunden sind zu stoppen.
 - Der Themenbereich „Wirtschaftskunde“ soll in der Mittel- und Oberstufe verstärkt unterrichtet werden, um Schüler in die Zusammenhänge der globalen Wirtschaftswelt einzuführen und Interesse für ökonomische Zusammenhänge hervorzurufen.
 - Im Rahmen des „Rechtswkundeunterrichts“ sollen Schülern die Grundstrukturen unseres Rechtssystems vermittelt werden. Sie sollen die demokratisch-freiheitliche Rechtsordnung unseres Landes kennen und achten lernen.
 - Ausdehnung der Unterrichtszeit: Eine stärkere Gewichtung der Fächergruppen geht einher mit einer Erhöhung der Stundenzahl. Daher empfiehlt sich u.a. die Verringerung der 6wöchigen Sommerferien.
- **Wettbewerb zwischen den Schulen stärken**
 Die Junge Union NRW setzt sich für einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Schulen ein. Dazu fordert die JU NRW:
 - Die Aufhebung der Trennung von schulinneren und schuläußeren Angelegenheiten: Künftig sollen die Kommunen auch für das Lehrpersonal zuständig sein, beim Land verbleibt nur die Gestaltung der Lehrpläne. Das heißt, die Schulaufsicht wird von den Regierungsbezirken auf die Kommunen übertragen. Die Besoldung des Lehrpersonals erfolgt durch das Land.
 - Die selbstständige Schule: Volle Entscheidungsfreiheit der Schulen sowohl bei der Materialbewirtschaftung und mittel- bis langfristige auch bei Personalangelegenheiten.
 - Zentrale Abschlussprüfungen sind einzuführen, um die Vergleichbarkeit in Form eines Schulrankings der Abschlüsse zu gewährleisten.
 - Die Einführung des Abiturs nach 12 Schuljahren.
 - Tests für Lehrer: unangekündigte, regelmäßige Lehrkontrollen durch unabhängige Gremien ergänzt um angekündigte regelmäßige schriftliche Wissenskontrollen. Aus diesen Kontrollen erhält der Lehrer eine Rückmeldung über seine Qualifikation und die Möglichkeit, sich zu verbessern. Er wird bei wiederholt positiven oder wiederholt negativem Verhalten mit finanziellen Veränderungen rechnen können/müssen.

- **Weitere Aspekte der Bildungspolitik**
 - Sprachförderung im Elementarbereich: Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn sind altersgemäße Kenntnisse der deutschen Sprache von der ersten Klasse an. Defizite in diesem Bereich können in der Grundschule nur schwer aufgeholt werden. Daher fordert die Junge Union die Einführung von Sprachunterricht im Elementarbereich.
 - Lehrerbedarf decken: Die durch Pensionierungen freigewordenen Stellen müssen umgehend neu besetzt werden, um Unterrichtsausfälle zu vermeiden und höhere Klassenstärken zu verhindern. Außerdem sollen als Sofortmaßnahme 2000 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden.
 - Schule und Ausbildung: Generell gilt es, die Lehrpläne in den Berufsschulen praxisnäher zu gestalten. Veraltete, dem heutigen Standard nicht mehr entsprechenden Inhalte müssen reformiert werden. Am dualen Ausbildungssystem ist festzuhalten.
 - Die Junge Union NRW fordert ein landesweites Konzept zur Lösung der Schulschwänzerproblematik. Dies sollte neben einem entsprechenden didaktischen Ansatz zur Reintegration ins Bildungssystem auch die Zuständigkeit der Behörden klären, diesen die nötigen Handlungsrechte einräumen und sie mit hinreichenden finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten.
 - Qualifikation der Lehrer: Zu selbstständigen Schulen gehört auch ein qualifiziertes und diszipliniertes Lehrpersonal. Fortbildungsmaßnahmen sollten nicht zu Lasten der für Schüler knappen Ressource Unterrichtszeit gehen, so dass solche Maßnahmen prinzipiell in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden müssen.

(b)

Familien- und Jugendpolitik

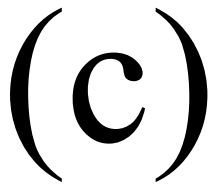
Wollen wir Kinder? Warum sollten wir? Die Beantwortung dieser Fragen ist nicht nur für diejenigen relevant, die sich für Familie entschieden haben. Wir müssen umdenken – die Beantwortung der Fragen fällt in gesellschaftliche Verantwortung. Sie bestimmt unsere Zukunft: sozial, wirtschaftlich und kulturell. Die Entscheidung für Familie und Kinder soll deshalb auch von der Gesellschaft getragen und unterstützt werden.

Vätern und Müttern muss es ermöglicht werden, gleichermaßen für Ihre Kinder zu sorgen. Dafür stellen wir uns folgendes vor:

- **Benachteiligung von Familien abbauen**
Junge Paare werden sich eher für Kinder entscheiden, wenn sie daraus weder wirtschaftliche noch gesellschaftliche Nachteile erleiden. Insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen von jungen Familien müssen verbessert werden. Bei der Wahl der Erziehungsform soll der Elternwille Maßstab aller Dinge sein. Es gilt, eine echte Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Möglichkeiten zu schaffen, ohne wirtschaftliche Nachteile oder Vorteile hervorzurufen.
- **Honorierung von Erziehungsleistung**
Wenn sich ein Elternteil dafür entscheidet, die ersten Lebensjahre des Kindes zu Hause zu begleiten, verdient dies Respekt und Anerkennung, es darf aber nicht zu wirtschaftlichen Nachteilen führen. Die Möglichkeiten von Home-Working und Teilzeitarbeit müssen verbessert werden, der Wiedereinstieg in die (volle) Berufstätigkeit muss erleichtert werden. Erfahrungen in der Erziehung können auch für die Arbeitswelt Wert haben. Durch ein am (Vor-)einkommen orientiertes Erziehungsgeld soll häusliche Erziehungsleistung materiell honoriert werden.

- **Bedarfsgerechte Betreuung**
Wenn beide Elternteile auch in den ersten Lebensjahren des Kindes arbeiten wollen/müssen, so soll für ihre Kinder eine angemessene und qualitativ hochwertige Betreuung bereit stehen.
- **Das gesellschaftliche Klima** gegenüber Kindern und Jugendlichen bedarf einer fundamentalen Änderung. Junge Menschen müssen in unserer Welt das Gefühl erfahren, erwünscht zu sein. Werte wie Gemeinschaft und Gerechtigkeit müssen gerade gegenüber den nachwachsenden Generationen ausdrucksvoll gelebt werden.
- **Neue Wege der steuerlichen Familienförderung**
Durch das heutige einkommenssteuerliche Ehegattensplitting wird die Familienkomponente zu wenig berücksichtigt. Die Förderung von Kindern und die Sicherung deren Existenzminima durch diese Regelung stehen nicht im Vordergrund. Aus diesem Grund fordern wir eine Abkehr vom alten System. Vorzugswürdig erscheint das Modell, welches pro Familienmitglied einen Freibetrag von 8.000,00 Euro gewährt. Zum einen wird man auf diesem Weg der jeweiligen Familiensituation gerecht, zum anderen führt dies zu einer wesentlichen Vereinfachung unseres heutigen Steuersystems.
- **Weiterentwicklung der Öffentlichen Verwaltung**
Die Öffentliche Verwaltung muss zu einem „familienfreundlichen Arbeitgeber“ weiterentwickelt werden, z.B. durch flexible familienfreundliche Arbeitszeitangebote bei Arbeitsplätzen und Bereitstellung weiterer häuslicher Telearbeitsplätze auf Wunsch.
- **Bedarfsorientierte Einrichtung von Ganztagsangeboten**
Ganztagsangebote sind dringend erforderlich, sie müssen qualifiziert sein aber nicht nur auf schulische Aspekte abzielen. Eine Zusammenarbeit mit Vereinen ist wünschenswert. Für die Junge Union NRW steht aber nach wie vor fest, dass Erziehung maßgeblich in der Familie stattfinden soll.
Horte und diverse Schulprogramme dürfen nicht der ideologisch bedingten flächendeckenden Einführung der offenen Ganztagschule zum Opfer fallen. Das Land NRW muss umdenken und den Eltern eine Wahlmöglichkeit zwischen den einzelnen Betreuungsmaßnahmen lassen. Darüber hinaus sind während der Schulferien freiwillige und ehrenamtliche Betreuungsangebote (Elterninitiativen) zu fördern.
- **Unterstützung privater Initiativen zur Kinderbetreuung**
Vierorts werden private Anläufe unternommen im Rahmen von Nachbarschafts- oder Bekannthilfe, Kinderbetreuung zu organisieren. Das Land und die Kommunen in NRW sollten solche Initiativen im Rahmen einer stärkeren Bürgerverantwortung aufgreifen und unterstützen.
- **Familienbündnisse fördern und fordern**
Zeit darf nicht ungenutzt verstreichen. Politik, Wirtschaft, Kirche, Wohlfahrtsverbände müssen zusammenarbeiten und kreativ, mutig, kurzfristig nicht nur Ideen und Pläne entwickeln und entwerfen, sondern Veränderungen bewirken, Ideen umsetzen. Solche „Bündnisse für Familie“ können besonders gut auf kommunaler Ebene mit den Entscheidungsträgern einschließlich Vertretern der örtlichen Wirtschaft und den Familien umgesetzt werden.
- **Jugendhilfe fördern**
Kinder und Jugendliche in den Städten und den ländlichen Regionen NRWs brauchen attraktive und bedarfsorientierte Angebote der Freizeitgestaltung und einen sicheren Lebensraum. Das zu gewährleisten ist die Aufgabe der Jugendämter und der freien Träger der Jugendhilfe, die mit Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischem Kinder- und Jugendschutz zur Entwicklung, Förderung und Verselbstständigung des Lebens junger Menschen in der Gemeinschaft und den Werten unserer Gesellschaft erhebliches leisten. Die Anerkennung, die ihnen dafür vom Staat zu Teil wird ist seit Jahren zu gering. Die Junge Union NRW fordert daher:

- die Arbeit Ehrenamtlicher in der Kinder- und Jugendarbeit mehr zu würdigen, und das nicht nur in Sonntagsreden.
- die finanzielle Förderung der oben genannten Arbeitsbereiche im Jugendgesetz NRW (3. Gesetz zur Ausführung des KJHG) so festzuschreiben, dass die Ausgaben für Jugend, und damit für die Zukunft, nicht jedes Jahr aufs Neue zum Spielball des Finanzministers werden, sondern fest an die Gesamtausgaben des Landes gekoppelt sind.
- eine gut ausgestattete Strukturförderung für freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit. Es ist daher abzulehnen, dass sich Jugendverbände in der inhaltlichen Ausrichtung ihrer Arbeit immer mehr nach Projektvorgaben – und damit – Zuschüssen der Landesregierung richten müssen. Verantwortung bei jungen Menschen stärkt man am Besten, indem man sie selbst entscheiden lässt, mit welchen Themen sie sich in ihrer Freizeit beschäftigen wollen.
- die Erhaltung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) auf Bundesebene. Es gewährleistet, dass junge Menschen, egal in welchem Teil von NRW oder Deutschland sie leben, gleichberechtigten Zugang zu Freizeitangeboten, Jugendhilfe und – Schutz erhalten.
- dass Kinder und Jugendliche von der Politik „wieder als ganze Menschen“ wahrgenommen und dementsprechend behandelt werden.



Umweltpolitik

Wirtschaftliche Leistungskraft und schonender Umgang mit der Natur sind keine Gegensätze. Ziel sollte es sein, das Leben in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit dem Schutz der Umwelt in Einklang zu bringen.

- **Umweltbewusstsein und lokalen Klimaschutz schon in der Schule stärken**
Die Förderung des ökologischen Bewusstseins bei jedem einzelnen ist für die Junge Union von besonderer Bedeutung und wir sehen sie als wichtige Aufgabe unseres Staates und unserer Gesellschaft. Dieses Bewusstsein sollte schon in der Schule geschärft werden.
- **An kommunalen und regionalen Klimaschutz sind konkrete Nutzerwartungen zu knüpfen**
Energiekonzepte helfen, Kreis- und Gemeindehaushalte zu entlasten. Förderprogramme schaffen Aufträge für den Mittelstand unserer Region, private Investoren werden animiert, in Projekte auf Kreisebene zu investieren. Im Rahmen der Agenda 21 lässt sich mit Schulen eine Fortentwicklung auf lokaler Ebene mit regionalen Umweltaforderungen erreichen, z.B. bei der Energieeinsparung im Bau oder Elektrizitätsbereich.
- **Lebensmittelkennzeichnung und -überwachung verbessern**
Im Bereich der Lebensmittelkennzeichnung gibt es nach Ansicht der Jungen Union erheblichen Verbesserungsbedarf. Eine Produktkennzeichnung muss allgemein verständlich, auf das Wesentliche reduziert, europaweit einheitlich sein. Die Lebensmittelüberwachung muss ebenfalls innerhalb der EU übereinstimmend sein. Dafür sind bessere Koordination und Kommunikation notwendig.
- **Privatisierungen und Personalabbau im Umweltbereich**
Die Umweltpolitik in NRW steht vor der Herausforderung, mit weniger öffentlichen Mitteln ihre Aufgaben wahrzunehmen und die erreichten hohen Umweltstandards bei Wasser, Boden und Luft zu sichern. Dazu müssen ausgetretene Pfade in der Umweltpolitik verlassen werden. Die staatliche Effizienz-Agentur NRW sollte in ein privates Beratungsunternehmen umgewandelt werden, da sie sich auch ohne staatliche Unterstützung erfolgreich am Markt behaupten kann. Der Personalbestand im Umweltministerium und den nachgeordneten Behörden muss überprüft wer-

den. Selbst die derzeitige Ministerin Höhn hält 10.500 Stellen in der Landesverwaltung für überflüssig. Die rot-grüne Landesregierung, hat es in den vergangenen Jahren unterlassen, ihre Ankündigung eines ständigen und konsequenten Personalabbaus in die Tat umzusetzen.

- **Faire Chance für Grüne Gentechnik**

Wir wollen der Nutzung der Grünen Gentechnik in Deutschland eine faire Chance geben. Eine klare Kennzeichnungspflicht und Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Produkten sowie Praxiserfahrungen durch Versuchsanbau sind die beste Gewähr dafür, dass Landwirte und Verbraucher von ihrer Entscheidungsfreiheit Gebrauch machen können.

Gentechnik darf nicht stigmatisiert werden, um damit vorhandene Verunsicherung zu stärken.

Nach derzeitigem weltweit wissenschaftlichem Stand geht keine Gefahr vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen aus. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich eine umfassende, vorurteilsfreie und wissenschaftlich begründete Aufklärungskampagne über Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik zu starten.

- **NRW braucht eine Altpapier-Vereinbarung**

Für uns stellt Altpapier einen Rohstoff und keinen Abfall dar. Deswegen muss es auch in NRW, nach dem Vorbild anderer Bundesländer, endlich eine Vereinbarung mit der Papierindustrie zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft bei Altpapier geben. Dies bedeutet für viele Papierunternehmen weniger bürokratische Auflagen. Papierfabriken werden demnach nicht mehr als Abfallverwertungsanlagen behandelt. Womit ein großer Wettbewerbsnachteil der nordrhein-westfälischen Altpapierindustrie, vor allem gegenüber anderen Bundesländern, wegfällt.

- **Öko-Audits**

Bei politischen Entscheidungen ist die Frage nach der ökologischen Verträglichkeit als Querschnittsaufgabe anzusehen. Alle politischen Entscheidungen sind somit auch auf die langfristige und nachhaltige ökologische Verträglichkeit zu überprüfen. Ökologische Nachhaltigkeit ist eine der zentralen Fragestellungen im Rahmen einer generationengerechten Politik und somit in den politischen Entscheidungsprozess und das politische Controlling aufzunehmen.

- **Keine Bevorzugung der ökologischen Landwirtschaft**

Eine gleichmäßige Förderung herkömmlicher und so genannter ökologischer Landwirtschaft: Ökologische, ökonomische und soziale Belange sind gleichrangig im Naturschutz zu berücksichtigen. Nur so kann die Akzeptanz von Umweltschutz in der Bevölkerung aufrechterhalten werden.

Das Verbandsklagerecht der Naturschutzverbände ist zurück zu nehmen. Ökokonten sind einzurichten, um Nutzungskonkurrenz zu entschärfen; dem Vertragsnaturschutz wird damit ordnungsrechtlichem Handeln der Vorzug gegeben.

- **Gleichbehandlung im Umweltschutz schaffen**

Umweltpolitik ist nicht als abgekapselter Teil der Politik zu betrachten, sondern vielmehr als eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche politischen und wirtschaftlichen Handelns berührt.

Bei der Umsetzung europäischer Vorgaben und Gesetze ist daher dafür Sorge zu tragen, dass diese auf Basis einheitlicher Standards und eines mit anderen Bundesländern vergleichbaren Gesetzesvollzuges in die Landesgesetzgebung eingebracht werden.

Unternehmen aus NRW dürfen durch eine überspitzte Umweltgesetzgebung im nationalen und europäischen Vergleich nicht schlechter gestellt werden, sondern müssen sich auf gleichwertige Rahmenbedingungen im Wettbewerb verlassen können.

Weiterhin gilt es, Planungsverzögerungen bei vordringlichen wirtschafts- und infrastrukturpolitischen Maßnahmen auszuschließen. Ziel muss es sein, einen ideologiefreien Mittelweg zwischen Umweltschutz und dem Wohl betroffener Bürger zu finden und diesen konsequent zu gehen.

- **Jagdwesen stärken**

Die JU NRW setzt sich dafür ein, dass mehr Toleranz für das Jagdwesen aufgebracht wird. Be-

sonders die Jäger betreiben beispielsweise durch die Regulierung des Wildbestandes aktiven Naturschutz. Deshalb fordern wir den Erhalt des Bundesjagdgesetzes.

(d)

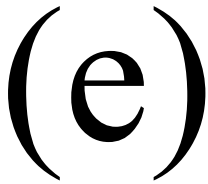
Energiepolitik

Energiepolitik ist Zukunftspolitik. Dabei gilt es, den Energieproduktionsstandort Nordrhein-Westfalen langfristig zu sichern, einen breiten Energieträgermix zu erhalten, die Umwelt zu schonen und über technische Innovationen Energieerzeugung effizienter und Energie billiger zu machen sowie zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Daher fordert die Junge Union NRW:

1. Es soll weiterhin ein breiter Energieträgermix für die Energieproduktion in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben. Hierzu gehören Braunkohle, Steinkohle, Erdöl, Erdgas, Kernenergie, Wasserkraft, Windkraft, Deponiegas, Grubengas, Klärgas, Biomasse, Geothermie sowie solare Strahlungsenergie.
2. Wir fordern, die Subventionierung von Energiegewinnung bald möglichst zu beenden; mögen es direkte Subventionen, wie z. B. bei der Steinkohlegewinnung, oder mögen es indirekte Subventionen wie z. B. durch gesetzliche Mindestvergütungen für Stromeinspeisung oder gesetzliche Kostentragungsregeln beim Netzanschluss im Bereich erneuerbarer Energien (EEG) sein. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Windenergie. Auch wenn dies eine der umweltfreundlichsten Energieformen ist, so kann es nicht sein, dass mit riesigen Summen unwirtschaftliche Anlagen gebaut werden, die das Landschaftsbild oft sehr stark negativ beeinträchtigen.
3. Wir fordern die gezielte Förderung der Energieforschung in allen Energiebereichen. Nur durch Energieforschung können angestrebte Effizienz- und Klimaschutzziele erreicht werden. Darüber hinaus werden die Exportmöglichkeiten des deutschen Anlagenbaus gesichert.
4. Zur Förderung der Energieforschung zählen wir nicht nur die Effizienzsteigerung bei konventionellen Kraftwerken, bei Kernkraftwerken oder bei regenerativer Energieerzeugung, sondern insbesondere auch die Erforschung neuer Technologien der Energiegewinnung, wie z. B. der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik oder der Fusionsforschung oder weiterer, heute noch unbekannter Energiegewinnungstechniken.
5. Die heimische Steinkohle hat ihre frühere Bedeutung verloren. Sie kann aufgrund der geologischen Verhältnisse niemals zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert werden. Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 2003 festgestellt: „Durch die Einstellung der Steinkohleförderung in Deutschland würde die Sicherheit der Energieversorgung nicht gefährdet“. Das von uns geforderte Ende der Subventionierung von Energiegewinnung bedingt insbesondere im Bereich der Steinkohleförderung die ehrliche Aufklärung von betroffenen Firmen und Arbeitnehmern. Firmen müssen ihre Personal- und Arbeitnehmer ihre Berufsplnung hierauf einstellen. Wir fordern deshalb das Ende der Subventionierung des Steinkohlebergbaus ab dem Jahr 2012. Der Erhalt eines Referenzschachtes soll weiter ermöglicht werden.
6. Aus Gründen der Klimavorsorge, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit kann auf den erheblichen Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Deshalb setzen wir uns für eine Betriebsdauer von Kernkraftwerken ein, die sich ausschließlich an der Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus jeder Anlage ausrichtet. Die Rahmenbedingungen für die Einführung einer neuen Reaktorgeneration, die weltweit neue Maßstäbe in Sicherheit und Wirtschaftlichkeit setzen soll, müssen geschaffen

werden. Die geordnete Beseitigung radioaktiver Abfälle aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie muss geregelt – und darf nicht wie von Rot-Grün verzögert und damit den kommenden Generationen aufgebürdet werden.

7. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Regulierungsbehörde für die Strom- und Gasmärkte, um einen funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen und ein international wettbewerbsfähiges Preisniveau zu sichern. Insbesondere muss ein diskriminierungsfreier, preiswerter und transparenter Netzzugang für alle Marktteilnehmer geschaffen werden. Die Bekämpfung überhöhter Energiepreise wird nur durch einen möglichst freien europäischen Markt, nach Vorbild des Telekommunikationsmarkts erfolgreich sein.
8. Schließlich fordern wir die Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes bei der Energiegewinnung. Hierzu zählen in erster Linie Energieeinsparung sowie die verstärkte Nutzung emissionsarmer und emissionsfreier Energieerzeugungstechnologien. Wirksamer Umwelt- und Klimaschutz kann jedoch nur national und international erfolgen. Verbesserungen im eigenen Land allein reichen nicht. Vor allen den Ländern der so genannten zweiten und dritten Welt müssen Hilfestellungen im Klima- und Umweltschutz gegeben werden.



Innenpolitik

Innenpolitik muss den Bürgern ein Garant an Sicherheit und Zuverlässigkeit sein. Dies hat sich jedoch in NRW schon lange geändert: Die Menschen in unserem Land fühlen sich einfach nicht mehr sicher. Es werden immer mehr Standorte von Polizeiwachen geschlossen und Stellen gestrichen – während die Gefahrenlage immer weiter zunimmt.

- **Polizeipräsenz sichern!**

Wurden noch in den 70er Jahren jährlich rund 2.000 Polizisten in NRW eingestellt, so sind es in diesem Jahr nur noch magere 500.¹ Damit kann die Polizei selbst die reduzierte Anzahl von Standorten nicht mehr aufrechterhalten. Neben einer verstärkten Einstellung von Polizisten fordert die JU NRW ein Strukturkonzept, das

- in jeder kleinen Stadt mindestens eine Polizeiwache garantiert,
- in den größeren Städten die bestehenden Standorte garantiert und
- mehr Polizeipräsenz im Stadtbild (vor allem durch Streifengänge) garantiert. Dabei sollen auch die vielerorts bereits bestehenden Partnerschaften mit dem Ordnungsamt weiter unterstützt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.
- die Zuständigkeit der Landräte als Kreispolizeibehörde erhält und so die bürgernahe Polizei stärkt.

Hier geht es nicht nur um die Reaktionszeit im Einsatzfall, sondern auch um Servicequalität für die Bürger.

- **Polizisten mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben geben**

Aufgrund der veränderten Gefahrensituation und der dadurch vermehrt notwendigen Objektsicherung ist die Anzahl der im „klassischen Polizeidienst“ tätigen Polizisten noch weiter gesunken. Weiterhin wird immer mehr wertvolle Zeit der Polizei für Verwaltungstätigkeiten verbraucht. Die JU NRW fordert daher die Entlastung der Polizei von der Objektsicherung und vermehrt von Verwaltungstätigkeiten.

¹ Vgl. DPolG NRW, „Polizeispiegel 5/2004“

- **Neues Polizeigesetz**
Vernünftige Polizeiarbeit erfordert ein entsprechendes Fundament: Ausreichende Rechte und Befugnisse für die Polizeikräfte.
Die JU NRW fordert daher ein neues Polizeigesetz, das eine Regelung des finalen Rettungsschusses einführt und bessere Handhabe gegen Gewalttäter bei Großeinsätzen bietet.
- **Gettoisierung abbauen**
Vielerorts in NRW ist Gettoisierung kein theoretischer Gedanke mehr – sondern leider alltäglich. Die Konzentration ethnischer Minderheiten ist dabei Hauptproblem der Integration und Ursache für dumpfe Aggressionen und Gewalt.
Die JU NRW fordert daher ein Anti-Gettoisierungskonzept, das insbesondere den Kommunen Mittel für die Verhinderung und den Umbau von besonders unmenschlichen Wohnkomplexen zur Verfügung stellt. Insbesondere muss durch eine vorausschauende Wohnungsbaupolitik eine mögliche Gettoisierung im Vorfeld vermieden werden.
- **Schutzkommission einführen**
Um die Sicherheit von Polizisten und Bürgern zu garantieren, muss die sicherheitsrelevante Ausstattung der Polizei permanent überprüft und ggf. an neue Standards angepasst werden. Ein Beispiel wie es nicht sein sollte, ist die fast endlose Geschichte bis zur Einführung von modernen Schutzwesten in NRW.
Die JU NRW fordert daher die Einführung einer Schutzkommission als unabhängiges Expertengremium, das regelmäßig einen Mindeststandard für die Sicherheitsausstattung der Polizei festlegt und dessen Umsetzung überprüft. Diese Bewertung soll durch ein öffentliches Gutachten vorgenommen werden.
- **Mehr Sicherheit an Schulen**
An manchen Schulen Nordrhein-Westfalens herrscht eine nicht mehr tolerierbare Kultur der Gewalt. Die häufig diskutierten „amerikanischen“ Verhältnisse haben leider schon vereinzelt Einzug gehalten. Um sowohl Schüler als auch Lehrer zu schützen, muss der Staat entschlossen handeln. Daher fordert die Junge Union NRW den Einsatz von Ordnungskräften an Schulen mit besonders hohem Gewaltpotenzial. Dies stellt eine Ergänzung zu den verschiedenen gewaltpräventiven Maßnahmen dar.
- **Ahndung von Bagatelldelikten**
Auch kleine Delikte müssen bestraft werden, Verfahren sind zu beschleunigen, um den Zusammenhang von Tat und Strafe zu verdeutlichen und Strafmaße sind ggf. anzupassen.
- **Erleichterte Abschiebemöglichkeiten**
Deutlich verschärfende Gesetzesänderungen für Intensiv und Wiederholungsstraftäter insbesondere auch im Jugend- und Ausländerrecht.
Einführung eines Abschiebegrundes bei nachweisbarer Aktivität zur Unterwanderung unseres demokratischen Systems oder aktiver Beteiligung an extremistischen Organisationen.
Bei nachweislich straffällig gewordenen Extremisten sind die Abschiebevoraussetzungen zu erleichtern, da es nicht sein kann, dass rechtskräftig verurteilte Extremisten länger in Deutschland leben.
- **Verstärkter Einsatz von Videoüberwachung**
Einsatz von Videoüberwachung an kriminellen Schwerpunkten. Dazu sind insbesondere die Kompetenzen der Kommunen im Polizeigesetz NRW zu stärken; das Bundesdatenschutzgesetz ist anzupassen. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Bundesratsinitiative einzuleiten.
- **Einführung des digitalen Polizeifunk**
Endlich muss auch in Deutschland die Einführung des digitalen Polizeifunks vollzogen werden. Außer Albanien und Deutschland leistet sich kein Land eine Polizei mit einem analogen Funk-

netz. Die Vorteile im Bereich der Verbindungsqualität, der Abhörsicherheit und des Empfangs liegen auf der Hand.



Verkehrspolitik

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste und mit am dichtesten besiedelte Bundesland. Es ist wirtschaftlich bedeutend und es ist die Drehscheibe in einem Verkehrsnetz, das viele Metropolen und Regionen Europas miteinander verbindet. Das alles macht unser Land zum Verkehrsland Nummer 1 in Deutschland. Der Berufsverkehr innerhalb des Landes, der Gütertransport und der Transitverkehr prägen unsere Verkehrsströme.

Doch in den letzten Jahren ist unser Land ins Hintertreffen geraten. Die Verkehrsbelastung wächst weiter, aber die Infrastruktur ist hinter den Bedürfnissen zurück geblieben. Wo Erhaltungsinvestitionen nötig wären, um Straße, Schiene und Binnenwasserstraße auch für die Zukunft fit zu halten, ist das Geld ausgeblieben. Wo Aus- und Neubaumaßnahmen erforderlich wären, um die gestiegenen Verkehrsmengen aufzunehmen, fließen über Jahre keine Mittel. Wo intelligente Lösungen gefragt wären, weil man der Verkehrszunahme nicht allein mit einem linearen Wachstum der Infrastruktur begegnen kann, herrscht Konzeptlosigkeit.

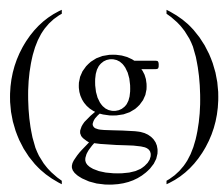
Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Verkehrspolitik. Eine Verkehrspolitik, die Lückenschluss und Umweltschutz nicht als Gegensatz begreift. Eine Verkehrspolitik, die Verkehrsinvestitionen als Schritt in die Zukunft ansieht. Eine Verkehrspolitik, die allen Verkehrsformen, Straße, Schiene, Binnenwasserstraße und Luftverkehr ihre Berechtigung zuspricht.

Wir brauchen eine Verkehrspolitik,

- die bei der Verkehrswegefinanzierung neue Wege geht. Der Ansatz einer Mautfinanzierung ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Die Bereitstellung der Infrastruktur muss als Staatsleistung nicht zwingend nur haushaltsfinanziert bleiben. Denkbar ist eine Nutzerfinanzierung, sofern sich ein privater Investor findet. Bei den Erhaltungsinvestitionen ist eine Umstellung auf die Nutzerfinanzierung richtig. Das bedeutet aber auch, dass wegen der Nutzerfinanzierung eine steuerliche Kompensation nötig ist. Ebenso sind die Einnahmen aus der Mauterhebung verkehrsbezogen zu verwenden.
- die auf Verflechtung ausgerichtet ist. Nordrhein-Westfalen muss sich in Europa kraftvoll positionieren. Dafür brauchen wir starke Partner. Unser Nachbar Niederlande ist ein solcher Partner. Schon jetzt ist die wirtschaftliche Verflechtung mit den Benelux-Staaten intensiver als der Austausch mit anderen Teilen Deutschlands. Doch die Verkehrsverbindungen nach Westen sind schwach. Viele Projekte stecken fest, wie etwa der angemessene Anschluss an die niederländische Eisenbahnstrecke „Betuwe“-Linie auf deutscher Seite. Die Verkehrsverbindungen bei Schienen und Straßen in Richtung Benelux müssen ausgebaut werden. Engpässe und Lückenschlüsse bei Straße und Schiene sind zu beseitigen.
- die Innovationen Chancen gibt. Die Magnetschwebetechnik ist nach wie vor eine zukunftssträchtige Möglichkeit, Verkehrsverbindungen zu schaffen. Wir waren gegen den Metrorapid, weil dieses Konzept keine wirkliche Alternative zu konventionellen Zugverbindungen war. Eine Transrapid-Verbindung zwischen Rhein-Ruhr und Randstad Holland könnte eine innovative Chance sein. Die Distanz stimmt, der Bedarf ist da, durch eine Kostenteilung ist die Belastung minimiert und durch die europäische Dimension muss auch an einer EU-Förderung gearbeitet werden. Zudem eröffnet diese Strecke die Option auf eine Verlängerung Richtung Berlin und Warschau. Auch

andere zukunftssträchtige Ideen müssen weiter gefördert werden, so etwa das Cargo Cap Projekt in Bochum.

- der die Infrastruktur etwas wert ist. Unsere Bundesfernstraßen, Landesstraßen und kommunale Straßen werden immer schlechter. Dringend müssen weitere Mittel bereitgestellt werden. In den Verkehr zu investieren, bedeutet, in die Zukunft zu investieren. Nordrhein-Westfalen muss deswegen beim Bundesverkehrswegeplan angemessen berücksichtigt werden und auch die in der Verantwortung des Landes stehenden Straßen brauchen einen Investitionsschub. Wir setzen uns dafür ein, dass Verkehrsinvestitionen weit oben auf der Agenda für das Land Nordrhein-Westfalen stehen und mit einem Sofortprogramm bei den Landesstraßen die ärgste Not schnell beseitigt wird. Zum schnellen und adäquaten Ausbau des Verkehrsnetzes ist es notwendig, dass eine vernünftige Abwägung zwischen Naturschutz und den Interessen der Bevölkerung stattfindet.
- die auch eine schärfere Kontrolle der Fahrzeugsicherheit bei LKW und Bussen sowie eine bessere Überprüfung der Ruhezeiten gewährleistet und ein Vorstoß dagegen härte Strafen für den Verursacher (Spediteur, Fernfahrer oder Busunternehmer) nach sich zieht.
- die die Chancen des wachsenden Flugverkehrs begreift und die Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Flughäfen fördert, statt diese zu behindern.
- Die Junge Union fordert ein generelles Überholverbot für LKW ab 7,5 t auf Autobahnen mit weniger als 3 Fahrspuren pro Richtung und in der Zeit von 6 bis 22 Uhr. Außerdem muss die zurzeit diskutierte Zulassung von 60-Tonnern auf deutschen Strassen verhindert werden.



Finanzpolitik

Für das Jahr 2004 erwarten führende Forschungsinstitute ein Defizit von ca. 80 Mrd. Euro für Bund, Länder und Gemeinden. Zum dritten Mal in Folge wird die Bundesrepublik Deutschland damit die Neuverschuldungsgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes überschreiten, die allen Euro-Ländern auferlegt ist. Auch 2005 wird Deutschland nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit einem gesamtstaatlichen Defizit von 3,3 Prozent des BIP die Defizitobergrenze nicht einhalten können.

- **Länder sollen mitbestraft werden**
An den drohenden Strafzahlungen an die EU im Jahr 2005 will Bundesfinanzminister Hans Eichel die Länder beteiligen. Damit würden diese durch die inkompetente Finanzpolitik der Bundesregierung doppelt bestraft: Neben Steuerausfällen von ca. 61 Mrd. Euro bis zum Jahr 2007 müssen die Länder durch die Sanktionen mit erheblichen Mehrbelastungen rechnen. Dies ist für die Junge Union NRW ein nicht hinnehmbarer Zustand, zumal von der Bundesregierung kein ernstzunehmender Reformvorschlag zur Verbesserung der Lage zu erwarten ist. Der nationale Stabilitätspakt von 2002 zwischen Bund und Ländern muss aufgrund der fortschreitenden negativen Entwicklung deshalb auch als hinfällig angesehen werden.
- **Junge Union NRW fordert Entschuldungspakt**
Die Junge Union NRW fordert daher einen soliden und ausgereiften Entschuldungspakt zwischen Bund und Ländern.
Ähnlich dem EU-Stabilitätspakt soll dieser Entschuldungspakt Defizitkriterien definieren, um eine möglichst geringe Neuverschuldung von Bund und Ländern zu erreichen. Sollten diese Krite-

rien von einer Seite nicht eingehalten werden, muss der Entschuldungspakt spürbare Sanktionen in Form von Strafzahlungen an den Bund sowie die übrigen Länder enthalten.

Des Weiteren fordert die Junge Union NRW, dass Sanktionen – anders als in der EU – ohne Ausnahme angewandt und durchgesetzt werden. Anderenfalls würde ein solcher Entschuldungspakt ohne nachhaltige positive Folgen bleiben.

- **Verschuldungsgrad bremsen**

Mit einem nationalen Entschuldungspakt wird die anhaltende Neuverschuldungspolitik von Bund und einigen Ländern nachhaltig erschwert sowie der längst notwendige Subventionsabbau beschleunigt. Mit einem nationalen Entschuldungspakt kann auch der Neigung entgegengewirkt werden, aus Angst vor notwendigen Einschnitten auf der Ausgabenseite die finanziellen Probleme auf die junge und auf die kommenden Generationen abzuwälzen. Bereits jetzt steht fest, dass im Gesundheits- und Rentensystem erhebliche Belastungen auf die Jüngeren zukommen. Im Verhältnis Land – Kommune ist das Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung niederzuschreiben.

- **Ausgaben senken**

Bei konstantem oder nur leicht steigendem Einnahmenvolumen müssen umgehend deutliche Ausgabensenkungen erzielt werden. Die Junge Union fordert daher insbesondere bei den Personalausgaben, die den Großteil aller Ausgaben des Landes ausmachen, spürbare Einsparungen. Diese lassen sich besonders durch die Abschaffung bzw. Zusammenlegung der Bezirksregierungen und Landschaftsverbände, durch Straffung in der Landesverwaltung und längere Arbeitszeiten der Beschäftigten erreichen. Die derzeitigen Personalausgaben und -Entwicklungen werden ansonsten für ständig weiter steigende Neuverschuldung sorgen ohne jegliche Perspektive, das je ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden könnte. Zudem gehören sämtliche Subventionen des Landes auf den Prüfstand und müssen insgesamt deutlich eingeschränkt werden. Da es auch für die Entwicklung unseres Landes sehr notwendige Subventionen gibt, sollte für die Überprüfung stets das wichtigste Kriterium sein, wie nachhaltig und für die Zukunft notwendig die Wirkungen sind.“

Diese Forderung muss in eine insgesamt nachhaltige Finanzwirtschaft eingebettet sein, da ohne längst überfällige Veränderungen in anderen Politikfeldern keine Besserung der Lage erfolgen kann. Dauerhafte Entschuldung wird nur erreicht werden können, wenn wir NRW wirtschaftlich deutlich nach vorne bringen und langfristig kräftiges Wachstum erzielen können.

(h)

Wirtschaftspolitik

- **Konsequent Bürokratie abbauen**

Die Gründung einer GmbH dauert gemäß einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Deutschland in der Regel 45 Tage², dabei sind neun verschiedene Stellen anzulaufen – vom Finanzamt bis zum Gewerbeaufsichtsamt. Die gleichen Genehmigungsverfahren dauern dagegen in den Niederlanden nur 11 Tage, in den USA gar nur 4 Tage. Die staatlich verursachte Bürokratie kostet die deutsche Wirtschaft in jedem Jahr etwa 46 Milliarden Euro.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert daher einen konsequenten Abbau bürokratischer Hürden. Dies bedeutet unter anderem den Abbau überflüssiger Mittelinstanzen und Sonderbehörden (bspw. die Bezirksregierungen). Darüber hinaus müssen neue Technologien im Rahmen von e-government intensivere Anwendung finden, um Gründungsprozesse zu beschleunigen und langwierige Genehmigungsverfahren abzukürzen. Gesetze und Verordnungen werden mit einem

² Vgl. *Institut der deutschen Wirtschaft*: Bürokratie – Spießbrutenlauf für Gründer; in: iwD 17/2004.

Verfallsdatum versehen. Das Prinzip der Beweislastumkehr muss Einzug erhalten und ein Regelautomatismus, d.h. Genehmigung tritt nach Fristablauf in Kraft, muss einsetzen. Darüber hinaus muss das Planungsrecht vereinfacht und der Instanzenweg verkürzt werden. Auch das Verbandsklagerecht der Umweltverbände soll abgeschafft werden.

- **Lebens- und Wochenarbeitszeiten**

Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn nimmt Deutschland bei den Arbeitskosten den ersten Platz ein. Selbst im teuersten Land Mittel- und Osteuropas, Slowenien, kostete die Beschäftigtenstunde im verarbeitenden Gewerbe 2002 lediglich 9 Euro. Das waren über 70 Prozent weniger als im Westen der Bundesrepublik und gut die Hälfte weniger als in den östlichen Bundesländern.³

Um eine Senkung der Arbeitskosten zu erzielen fordern wir eine geringere Belastung des Faktors Arbeit. Dies muss durch geringere Steuern und Abgaben realisiert werden, um mehr Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Außerdem ist eine längere Lebensarbeitszeit und Wochenarbeitszeit erforderlich. Wir fordern daher den früheren Eintritt in das Berufsleben. Das 13. Schuljahr wird daher abgeschafft und Ausbildungszeiten werden dort, wo es sinnvoll ist, verkürzt. Dies kann zum Beispiel eine Verkürzung von drei auf zwei Jahre sein. Vorruhestandsregelungen werden abgeschafft, freiwillige Erwerbsarbeit über das 65. Lebensjahr hinaus wird allgemein ermöglicht und ausdrücklich gewünscht.

- **Gerechtigkeit herstellen**

Anstatt der Diskussion über das Renteneintrittsalter sollte sich die Bundespolitik Gedanken machen über die Länge der Berufstätigkeit die für volle Rentenansprüche notwendig ist. In unserer heutigen Gesellschaft haben sich die Erwerbsbiografien stark verändert. Der Eintritt in das Erwerbsleben unterscheidet sich bspw. bei Studenten und Auszubildenden mit mittlerer Reife um bis zu zehn Jahre. Körperlich Berufstätigen ist nicht zuzumuten, über das 65. Lebensjahr hinaus in ihrem Beruf tätig zu sein. Die Junge Union NRW fordert deshalb 40 Jahre Berufstätigkeit als Zielmarke für 100% Rentenansprüche. Den Elternteilen die zur Betreuung ihrer Kleinkinder ihre Berufstätigkeit unterbrechen, ist die Erziehungszeit anzurechnen, denn sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Wiederherstellung des Generationenvertrages. Wir sprechen uns für die Schaffung von Lebensarbeitszeitkonten aus.

- **Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen**

Deutschland ist das Land mit der vermutlich größten und umfassendsten Verwaltung von Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus gehört der deutsche Arbeitsmarkt zu den wohl reglementiertesten im internationalen Vergleich. Weiter fordert die JU NRW, die Arbeitsagenturen und deren Dienstleistungen auf kommunale Ebene zu verlagern.

Um wieder mehr Flexibilität und damit neue Beschäftigung zu erzielen, fordert die Junge Union Nordrhein-Westfalen die Entriegelung des bisherigen Systems. Der Kündigungsschutz bei Neueinstellungen wird in den ersten drei Jahren generell abgeschafft. Tarifverträge sollten so gestaltet werden, dass bei Bedarf flexible Wochenarbeitszeiten möglich sind. Die Progressionszone, in der Arbeitnehmer ermäßigte Sozialleistungen zahlen, wird von derzeit 800 auf 1.200 Euro angehoben. Der Einfluss der Gewerkschaften gegenüber Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) muss auf ihren Zweck hin reduziert werden. Dafür muss die Autonomie zwischen Unternehmen und Betriebsrat sichergestellt und ausgeweitet werden.

- **Chemiestandort NRW erhalten**

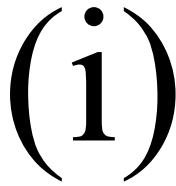
Der Richtlinienentwurf zum Umgang mit Chemikalien, mit dem REACH Verfahren als Kernstück stellt eine massive Bedrohung des Chemiestandortes Deutschland und NRW als einer der wichtigsten Chemieregionen in Europa dar. Zusätzlicher Aufwand für die Industrie und das Mehr an Sicherheit stehen in keinem Verhältnis. Der Richtlinienentwurf ist deshalb in seiner jetzigen Form abzulehnen.

³ Vgl. Schröder, Ch.: Die industriellen Arbeitskosten der EU-Beitrittskandidaten; in: IW-Trends 1/2004.

- **Regionalisierte Wirtschaftsförderung umsetzen**

Die landesweiten Leuchtturmprojekte der rot-grünen Landesregierung sind gescheitert. Ob das Trickfilmstudio HDO in Oberhausen, der Metrorapid oder die Projekt Ruhr GmbH. Millionen Steuergelder sind auf diesem Wege begraben worden.

Die Junge Union fordert daher eine verstärkt regionale Wirtschaftsförderung. Bestehende Stärken müssen dabei im Sinne ökonomischer Cluster ausgebaut werden. Die Überprüfbarkeit der Projekterfolge muss durch klar definierte Milestones und Zielsetzungen gewährleistet werden. Darüber hinaus nimmt die künftige Landesregierung eine unterstützende Position ein. Die Treiberfunktion muss aufgrund der regionalen Expertise vor Ort erhalten bleiben.



Sozialpolitik

Wenn man den Arbeitsmarkt auch im Bereich niedriger Einkommen in Deutschland wieder funktionsfähig machen möchte, gibt es keine Alternativen zu einer grundlegenden Reform.

Vor dem Hintergrund eines intransparenten Arbeitsmarkts und der Pflicht zum zielgerichteten Umgang mit Steuern und Abgaben, ist es legitim, höhere Anforderungen an den Bezug staatlicher Hilfeleistungen zu stellen. Dabei ist es richtig, die staatlichen Unterstützungsleistungen zu kürzen, wenn die Aufnahme einer zumutbaren Arbeit verweigert wird.

Alleine mit Fordern kommt Deutschland nicht voran, daher muss der Aspekt des Förderns in den Vordergrund treten. Die beste Förderung ist das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt.

Entscheidend ist es, den von Arbeitslosigkeit betroffenen, gering qualifizierten Erwerbspersonen Lohnergänzungsleistungen an Stelle zumindest eines Teils der Lohnersatzleistungen zukommen zu lassen.

Im Gegensatz zum bestehenden Arbeitslosengeld 2 - System schaffen Lohnergänzungsleistungen Jobs und verhelfen zugleich denen, die dabei nicht genug verdienen, zu einer besseren Einkommensposition, als es im derzeitigen System der Fall ist.

- Im ersten Schritt werden die staatlichen Ansprüche einschließlich des pauschaliert gewährten Wohngelds für erwerbsfähige Personen, die, aus welchen Gründen auch immer, keiner Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nachgehen, deutlich abgesenkt (Teilbestand von Hartz IV). Dieses neue Mindestniveau ist so niedrig, dass der Verbleib in dieser Stufe bestenfalls für nicht angemeldet Hinzuverdienende oder anderweitig gesicherte Personengruppen attraktiv ist.
- Der zweite Schritt besteht darin, dass die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt durch eine neuartige „Lohnergänzungsleistung“ unterstützt wird. Diese ist so bemessen, dass man bei einer Vollzeitbeschäftigung zum Lohnsatz für Geringqualifizierte in der Summe aus erzieltm Arbeitslohn und staatlicher Unterstützung über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen kann als bei dem heutigen Arbeitslosengeld 2. Zugleich ist sie bei niedrigen Einkommen höher als die Sozialhilfe für Nichterwerbstätige.
- Der dritte Schritt ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staat ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für erwerbsfähige Personen anbietet, die im ersten Arbeitsmarkt nicht oder nicht sofort unterkommen (dabei lehnen wir eine Änderung des § 108 GO NW strikt ab). Der Lohn hierfür ist so bemessen, dass er für Sozialleistungsempfänger, die als erwerbsfähig eingestuft werden, exakt

das bisherige Sozialhilfeniveau gewährleistet. Unter dieser Voraussetzung muss auch nach der Reform niemand unter dem soziokulturellen Existenzminimum leben, sofern er, ganz im Sinne der Bestimmungen in §§ 18 und 25 des geltenden Bundessozialhilfegesetzes, bereit ist, eine Gegenleistung im Rahmen öffentlich organisierter Beschäftigung zu erbringen.